

Wasser ist Leben.

Lausitz wohin? Die Fusion Berlin-Brandenburg ist lebensgefährlich.

Berlin wird durch Grundwasserentnahme in der naturnahen Lausitz aus der Ferne versorgt. Die durch diese Ausbeutung entstehenden massiven ökologischen Schäden gelangen nicht ins Bewußtsein der Öffentlichkeit. Mit der Flucht ins Fernwasser wurde die Bewirtschaftung innerstädtischer Wasservorkommen aufgegeben, mit industriepolitischen Vorteilen für Berlin. Den ansässigen Gewerbesteuer-Zahlern werden keine so strengen Grundwasserschutz-Auflagen gemacht. Heute von Wasserwerken nicht genutzte Grundwasserleiter sind so zur Verschmutzung freigegeben. Im Gegensatz zu schnellfließenden Flüssen können verseuchte Grundwasserleiter kaum saniert werden. Das geht auf Kosten der Zukunft kommender Generationen.

Wasser ist die Grundlage des Lebens und damit die wichtigste Bedingung für den Artenreichtum. Wasser unser wichtiges Lebensmittel ist gleichzeitig maßgeblicher Produktionsfaktor der Industriegesellschaft. Das Grundwasser einer der wichtigsten Bodenschätze Deutschlands ist 10.000 Jahre und älter. In dieses Wasser der Eiszeit dringen durch massive Pumpeingriffe der Wasserwirtschaft - sprich: Energiewirtschaft - von der Oberfläche in wenigen Jahrzehnten Industrieschmutzungen ein. Gleichzeitig wird durch das Abpumpen das unter den Grundwässern lagernde Salzwasser in Bewegung gesetzt, macht das Süßwasser auf Dauer völlig unbrauchbar. Mit der Verschmutzung von Tiefenwassersystemen mit mehr als 10.000 Jahren Austauschrate und ohne Sanierungsmöglichkeiten sind Zukunftsdimensionen von Schäden angesprochen, die bislang nur aus der Atomdebatte bekannt sind.

Die Wasserwirtschaft, als Teil der Energiewirtschaft, handelt völlig unverantwortlich, weil die raubbauhafte industrielle Grundwassernutzung spätestens mit der eingeleiteten Klimaveränderung das bisher wasserreiche Mitteleuropa in einen kaum vorstellbaren Wassernotstand stürzt.

Die herrschende, technisch verengte, Wasserpolitik der Fusion Berlin-Brandenburg ist nicht zukunftsfähig, muß von einer nachhaltigen Wasserkultur abgelöst werden. Es dürfen nur sich erneuernde Potentiale, der sich innerhalb einer Generation erneuernden Wasservorräte genutzt werden. Die Industrie muß aus dem Grundwasser herausgehalten werden. Eine geordnete Sanierung von Altlasten und Grundwasser muß jetzt erfolgen, sollen die Schäden - potenziert - nicht auf die kommenden Generationen abgeschoben werden.

Wasser in Lebensmittelqualität darf auf Dauer nicht für alle Zwecke verwendet werden. Es muß eine Brauchwasserversorgung aufgebaut werden.

Der Regen wird direkt über den Gully in den Fluß abgeleitet. Diese Entwässerung der Städte muß beendet werden.

Die Technologien der zentralen Abwasserbehandlung schaffen qualitativ unlösbare Probleme, unbewältigbare Klärschlammberge, zunehmende Hochwassergefahren; indem sie das Wasser aus den Regionen herausführen mit erheblicher Senkung der Grundwasserpegel.

Spätestens durch die CO₂-Thematik ist die völlige Umgestaltung der praktizierten Umweltpolitik gefordert, bietet sich nur die Einsparung bzw. die gesamte Substitution der fossilen Energieträger an. Die Erkenntnis, daß dieses zudem sehr wirtschaftlich ist, findet sich selbst in Bestsellern: "Wir haben im Institut Studien aus den USA und für die EG, in denen nachgewiesen wird, daß jede Mark - jede Mark! -, die man in Energiesparmaßnahmen investiert, siebenmal - siebenmal! - soviel Kohlendioxid vermeidet wie die gleiche Investition in Atomkraftwerke." *3)

Die weltweit anerkannte Arbeit der Enquete Kommission "Schutz der Erdatmosphäre" des Deutschen Bundestages hat ergeben, daß die Industrieländer, und insbesondere Deutschland die Kohlendioxid-Emissionen bis zum Jahre 2000 um 25 bis 30 %, langfristig sogar um 80 % senken müssen. Die Bundesregierung hat daraufhin eine 25 %ige CO₂-Reduzierung bis zum Jahr 2005 beschlossen und auf der RIO-Konferenz 1992 international versprochen. Diese Ziele sind nur zu erreichen, meint Harald B. Schäfer, Umweltminister des Landes Baden-Württemberg, wenn wir unseren Umgang mit Energie, überhaupt unsere Lebens- und Wirtschaftsweisen grundlegend ändern.

Trotzdem geht an Haushalte und Unternehmen nach wie vor das Signal, die Konsum- und Produktionsprozesse möglichst arbeits- und kapitalsparend, aber umweltbelastend zu gestalten. *1) S.51 In der Energiewirtschaft finden wir hierfür herausragende skandalöse Beispiele. Die finanziell "superflüssige" Siemens AG beheizt ihren neuen großen Komplex in Stuttgart mit elektrischem Strom.

Die machthabenden Wirtschaftssubjekte bevorzugen den Energieträger, dessen negative Umwelteffekte zeitlich weiter entfernt liegen, sprich: anderen Völkern, der Natur und den nachfolgenden Generationen aufgebürdet werden. Daher findet eine grundsätzliche Änderung dieser Energiepolitik nur bei den religiös Gebildeten Akzeptanz, bei den materialistisch Sozialisierten jedoch nur, wenn es sich wirtschaftlich für sie selbst unmittelbar rechnet nach dem Brandenburger Lotto-Motto: ritsch - ratsch - reich.

Mit dem Wechsel des Energiesystems ist damit unbedingt parallel eine Änderung der Preisbildung einzuleiten. Die Preisbildung von Kraftstoffen (und den übrigen Energieträgern) richtet sich nicht mehr nach dem fossilen Ausbeutungspreis, sondern nach dem dauerhaft reproduzierbaren Wert. Der erweiterte Reproduktionspreis bewirkt dabei sowohl die ökonomischste als auch die ökologischste und sparsamste Verwendungsrichtung von Kraftstoff, wobei dem billigsten und CO₂-neutralen Kraftstoff - Pflanzenöl - den Marktgesetzen zufolge der gesamte Treibstoffmarkt zufällt. *1) S.265

Diese Entwicklung beschützen kann nur die internationale Politik. Denn in Deutschland geschieht das erst, nachdem - sehr schmerzlich - die geltenden Gesetze enttarnt und die Justiz aufgerollt ist als Hort des NS-Zerstörungsgeistes, durch gnadenlose Gegenüberstellung mit den Menschenrechten sowie dem Geist des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949. *2) "Stromdiktatur", Anlage 1.

Wir hoffen, das Energierecht sollte fünf Jahre nach der staatlichen Wiedervereinigung endlich auf eine demokratische Verfassungsgrundlage gestellt werden. Andernfalls wird eine Wiedervereinigung der Deutschen in Frieden und Freiheit endgültig vertan.